



Bundeskongress 18. – 20. April 2008, Kassel

Gute Arbeit – Sicherheit im Alter – Gemeinsam für Gerechtigkeit

**Rede Olaf Scholz
Bundesminister für Arbeit und Soziales**

Lieber Ottmar,
liebe Andrea,
lieber Michael,
liebe Genossinnen und Genossen,

auf unseren Parteitagen singen wir am Schluss immer ein gemeinsames Lied. Ihr kennt es alle. Eine Strophe lautet:

*„Eine Woche Hammerschlag, eine Woche Häuserquadern,
zittern noch in unsern Adern,
aber keiner wagt zu hadern,
herrlich lacht der Sonnentag,
herrlich lacht der Sonnentag.“*

Diese Strophe, wie das ganze Lied, sagt eine ganze Menge über uns aus: Wie wir die Arbeit und die Welt betrachten.

Arbeit gibt Stolz und Würde. Arbeit vermittelt Respekt und Selbstwertgefühl. Es ist daher im Kern nicht überraschend, sondern eigentlich selbstverständlich, wenn ich sage: Die deutsche Sozialdemokratie vertritt das Ethos der Arbeit.

Die Sozialdemokratie ist mit unserer modernen Wirtschaftsverfassung entstanden und sie hat immer Wert darauf gelegt, dass man Arbeit hochschätzt. Denn es ist eine ganz besondere Kulturleistung, Arbeit um ihrer selbst willen gut zu machen. Für diese Ehre der Arbeit und für das, was sie vermittelt, dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. **Wir sind die Partei der Arbeit.**

Daher machen uns die Nachrichten über eine **bessere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt** nach Jahren hoher Arbeitslosigkeit stolz. Noch immer ist die Arbeitslosigkeit zu hoch, aber sie geht zurück. 1,4 Millionen Bürgerinnen und Bürger weniger als vor zwei Jahren sind ohne Arbeit. Und der Trend geht weiter.

Was uns alle, die sich mit Wirtschaftsforschung beschäftigen, sagen, ist, dass wir eine **robuste Konjunktur** haben – trotz schwieriger Nachrichten in Fernsehen oder Wirtschaftszeitungen: Dort kann man alles Mögliche lesen über das Euro-Dollar-Verhältnis. Man hört von steigenden Rohstoffpreisen und erfährt, dass die Subprime-Krise, die Finanzierung des Immobilienmarktes in den Vereinigten Staaten von

Amerika, die ganze Finanzwirtschaft, nicht nur der USA, sondern der Welt, in Schwierigkeiten gebracht hat. Aber auch das muss gesagt werden: Hätten sich die deutschen Banken weniger auf die Finanzierung von Holzhäusern in Amerika und mehr auf den deutschen Mittelstand und die deutschen Unternehmen konzentriert, hätten wir weniger Probleme und mehr Wachstum. Trotzdem: Wir erleben eine gute Entwicklung.

Diese Entwicklung führt dazu, dass **Vollbeschäftigung** am Horizont wieder sichtbar wird. Ich nehme interessiert zur Kenntnis, dass jetzt alle darüber reden, wie richtig es ist, sich für Vollbeschäftigung einzusetzen. Und ich will ausdrücklich sagen: Das ist gut. Aber die Zeiten liegen noch nicht so lange zurück, als jeder als Fantast gegolten hat, der darauf bestand, dass das Ergebnis guter Wirtschaftspolitik, das Ergebnis unserer Anstrengungen Vollbeschäftigung sein muss. Viele haben das für unerreichbar gehalten und es sind unzählige zynische Texte darüber geschrieben worden, was nun eigentlich angesichts der Tatsache zu machen wäre, dass Vollbeschäftigung unerreichbar sei. Ich erinnere mich noch an eine Veröffentlichung der Regierungen von Sachsen und Bayern, die in ein paar Bänden – das ist noch keine 10 Jahre her – ausführlich erläutert haben, dass das mit der Vollbeschäftigung nichts mehr werden könne und wir uns jetzt Gedanken darüber machen sollten, was ansonsten mit den Leuten geschehen könnte. Dieser Zynismus ist unerträglich.

Es muss in einer demokratischen Gesellschaft ein Ziel sein, sich für Vollbeschäftigung einzusetzen. Und wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern das Versprechen geben: Wenn sie sich anstrengen, können sie auch ein ordentliches Leben führen. Es muss unser Anliegen sein, dass – wer eine Arbeit sucht – auch die Chance hat eine zu finden.

Wenn jetzt über Vollbeschäftigung gesprochen wird, müssen wir für uns klar definieren, was wir darunter verstehen. Die Zeiten sind ja vorbei, in denen ein Kanzler – Helmut Schmidt war es – gesagt hat: „Lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit.“ Ich will es von den Bürgern, von den Betroffenen her formulieren: Wer seinen Arbeitsplatz verliert, ist in tiefster Sorge. Aber das Schlimmste, was ihm, was ihr passieren kann, ist die Angst, dass sich diese Situation gar nicht mehr ändert. Darum sollten wir für uns als Vollbeschäftigung definieren, dass es uns gelingen muss, sicherzustellen, dass **kein Bürger länger als ein Jahr**

arbeitslos ist, wenn er seinen Arbeitsplatz verloren hat. Darum sollten wir uns bemühen, liebe Genossinnen und Genossen.

Das größte Problem, das wir auf dem Arbeitsmarkt haben, ist heute immer noch die Langzeitarbeitslosigkeit. Da sind wir schlechter als andere Länder. Darum müssen wir uns hier ganz besonders bemühen. Und dabei müssen wir auch über die Arbeitsvermittlung sprechen. Mit Arbeitsvermittlung kann man die Arbeitslosigkeit nicht abschaffen, das ist klar. Aber mit besserer Vermittlung kann man die Zahl der Arbeitssuchenden deutlich reduzieren. Auch das ist eine Tatsache.

Wenn wir hier das Ziel formulieren, das wir mit unseren Reformen, mit unseren Anstrengungen, mit unserer täglichen Arbeit erreichen wollen, dann will ich dafür kämpfen, dass in Deutschland die **Arbeitsvermittlung die beste öffentliche Institution** wird.

Und wenn in Deutschland immer über Benchmarks gesprochen wird, dann lasst uns dafür sorgen, dass die deutsche Arbeitsvermittlung im internationalen Wettbewerb die beste Arbeitsvermittlung auf der Welt ist.

Das ist eine große Aufgabe, denn jeder weiß, dass es heute nicht so ist. Das gehört zu den Wahrheiten, die man aussprechen muss. Vieles ist schon besser geworden, aber wir sind noch weit weg davon, dass alle, die zur Arbeitsagentur oder zum JobCenter gehen, das Gefühl haben: Es wird alles, was möglich ist, für mich getan.

Dafür zu sorgen, das ist unsere Aufgabe, als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und als Gewerkschafter. Es ist keine Jahrhundertaufgabe, aber wenn wir dieses Ziel jetzt angehen, dann werden wir sicher ein ganzes Jahrzehnt damit beschäftigt sein, um es zu erreichen – vorausgesetzt wir machen jeden Tag das Richtige und wir nehmen die Sache so ernst, wie sie ernstgenommen werden muss: Im Sinne der arbeitssuchenden Bürgerinnen und Bürger.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir beginnen nicht bei Null. Wir haben in den vergangenen Jahren in der Arbeitsvermittlung schon einiges verändert. Dabei sind auch die vielen

Arbeitsgemeinschaften überall in Deutschland entstanden, die JobCenter, über die jetzt wegen eines **Urteils des Bundesverfassungsgerichts** viel diskutiert wird.

Das Besondere, das uns mit den Arbeitsgemeinschaften, mit den JobCentern gelungen ist, ist der Blick auf die Langzeitarbeitslosen. Sie sind bei der Arbeitsvermittlung in den früheren Jahren durch den Rost gefallen, niemand hat sich so ernsthaft um sie bemüht, wie man es tun sollte. Sicher, ich kenne einige, die sich immer schon engagiert und eingesetzt haben. Aber in der sichtbaren Wirklichkeit ist die Unterstützung derjenigen, die lange arbeitslos sind, nicht in der notwendigen Art und Weise geleistet worden, wie es ihrem Schicksal angemessen gewesen wäre.

Der Blick auf die Langzeitarbeitslosen ist überhaupt erst dadurch möglich geworden, dass wir eine eigene institutionelle Zuständigkeit dafür geschaffen haben, dass wir es zur Aufgabe einer eigenen Einrichtung gemacht haben, sich um sie zu kümmern und ihr Lebensschicksal zu verbessern.

Ich werde nie vergessen, wie es vorher gewesen ist: Das ist mir sehr klar geworden in einem Gespräch, das ich als junger Abgeordneter vor etwa 10 Jahren mit einem hochrangigen Vertreter des damaligen Arbeitsamtes geführt habe. Wir hatten gerade das JUMP-Programm für Arbeitslose unter 25 Jahren aufgelegt und etwas neu eingeführt, was jetzt generell die Regel ist: Nämlich, dass sich die Arbeitsverwaltung um alle Arbeitslosen unter 25 kümmern sollte, auch um diejenigen, die ohne Leistungsansprüche waren, weil sie noch keine Beiträge gezahlt hatten. Ich habe mir das angeguckt und war ganz begeistert.

Spontan habe ich gesagt: *„Das wäre doch eine gute Sache, wenn sich die Arbeitsämter so wie um diese jungen Leute jetzt auch um alle Arbeitssuchenden kümmern könnten.“* Als Antwort bekam ich: *„Herr Scholz, die will ich nicht auf meinen Fluren haben.“* Das zeigt klar und deutlich die Situation, von der wir herkommen, es zeigt die Vernachlässigung derjenigen, die die meiste Unterstützung brauchen. Deshalb dürfen wir bei allem, was wir jetzt für die Arbeitsvermittlung entscheiden, nicht gefährden, dass sich eigenständig um die Langzeitarbeitslosen gekümmert wird. Das ist mir bei all den Debatten persönlich sehr wichtig.

Wir haben außerdem dafür gesorgt, dass die Arbeitsvermittlung dezentraler wird. Überall gibt es jetzt kommunalen Einfluss auf die JobCenter. Ich finde es gut, dass bei dem, was die Arbeitsagentur macht, auch die Bürgermeister mitreden, dass sich auch die Politiker vor Ort kümmern. Auch das dürfen wir nicht mehr infrage stellen. Denn es hat sich als Vorteil erwiesen, dass nicht nur in Berlin oder Nürnberg, sondern an vielen Orten über die Zukunft der Arbeitslosen nachgedacht wird und Verantwortliche sich engagieren.

Aber gleichzeitig sollten wir auch an der bundesweiten Verantwortung für die Arbeitsvermittlung festhalten und es bei der bundesweiten Finanzverantwortung für die Kosten der Arbeitslosigkeit belassen. Sonst kämen wir zurück in die Situation der 80er und 90er Jahre, als ganze städtische Etats ruiniert zu werden drohten, weil immer mehr Langzeitarbeitslose als Sozialhilfeempfänger aus den städtischen Kassen unterstützt werden mussten. Das darf so nicht wieder passieren. Das würde die Lasten in Deutschland ungerecht verteilen. Darum können wir das nicht akzeptieren.

Und darum haben wir das **kooperative JobCenter** vorgeschlagen, das diese Punkte berücksichtigt. Mancher, der in dieser Frage etwas schnell gedacht und sich geäußert hat, sollte sich noch mal an die von mir eben beschriebene Situation zurückerinnern: Bis in die 70er Jahre hinein gab es praktisch keine Kosten durch die Langzeitarbeitslosigkeit in den Etats der Gemeinden. Mit der wachsenden Arbeitslosigkeit seit Anfang der 80er Jahre ist das anders geworden. Wer jetzt die Finanzverantwortung des Bundes beendet, der bringt diese Situation wieder her, ob er will oder nicht. Darum ist dieser Weg mit uns nicht zu gehen.

Wenn wir die Arbeitsvermittlung zur leistungsfähigsten Institution machen wollen, dann müssen wir auch die Instrumente, die den Arbeitsverwaltungen zur Verfügung stehen, in den Blick nehmen. Denn, wenn wir jetzt über die **Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente** nachdenken, ist unser Ziel dabei nicht, irgendetwas, das funktioniert, abzuschaffen. Unser Ziel ist, dafür zu sorgen, dass man den Katalog der Möglichkeiten – als Betreuer, als Unterstützer, als Vermittler – so parat hat, dass alle diese Möglichkeiten auch eingesetzt werden. Und wir wollen dafür sorgen, dass individuell nach den Chancen und den Herausforderungen eines Arbeitsuchenden geguckt wird und nicht danach, welche Maßnahme man wohl

beantragen kann. Wir sollten das in Angriff nehmen, weil das im Interesse der Arbeitssuchenden ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir über die Würde der Arbeit sprechen, dann müssen wir auch über Löhne sprechen: Wir haben in den letzten Jahren ein **Problem mit den Bruttolöhnen**. Wenn wir die Lohnentwicklung anschauen, dann sind es vor allem die Bruttolöhne, die nicht gestiegen sind. Das ist die Wahrheit, und das darf man sich angesichts manch aktueller Debatte auch nicht ausreden lassen: Wir haben ein Problem mit den Bruttolöhnen, liebe Genossinnen und Genossen.

Angesichts der Tarifierhöhungen im letzten Jahr haben alle angenommen, es wäre etwas besser geworden. Aber am Ende, als alles ausgerechnet war, waren die Löhne im Durchschnitt um gerade einmal 1,4 Prozent gestiegen. Das zeigt: Da liegen die wirklichen Probleme, über die wir für die Zukunft diskutieren müssen.

Wenn ich jetzt auf das Problem mit den Bruttolöhnen hinweise, so weiß ich auch, dass eine Mehr-Netto-Kampagne schon vorbereitet ist – spätestens für das nächste Jahr. Darum seid aufmerksam und bringt die richtigen Argumente: Denn das, was uns da eingeredet werden soll, trifft nicht das Problem. Wenn ihr einmal in die Sonntagszeitung schaut, dann findet ihr dort oft seitenlange Artikel, oben das Bild einer Putzfrau und weiter unten im Text werden die Probleme des Grenzsteuersatzes eines Singles mit 60.000 Euro erörtert. Falls es jemand noch nicht mitgekriegt hat: Diese beiden haben nichts miteinander zu tun.

Wir haben mit den Steuerreformen der letzten Jahre dafür gesorgt, dass gerade im unteren Einkommenssteuerbereich die Steuerbelastung massiv reduziert worden ist. Wir haben das steuerfreie Existenzminimum angehoben. Wir haben den Eingangssteuersatz von 25 auf 15 Prozent abgesenkt. Wenn man das Kindergeld einrechnet, zahlt eine Familie mit zwei Kindern bis zu einem Jahreseinkommen von 37.000 Euro keine Steuern. Das alles haben wir gemacht und es wird einfach beiseite gewischt. Und für den nächsten Wahlkampf planen andere schon Steuergeschenke, von denen die profitieren, die viel verdienen, und gleichzeitig

sollen die, die nur geringe Einkommen haben, glauben, dass sie gemeint seien. Es liegt an uns, das darauf niemand hereinfällt, liebe Genossinnen und Genossen!

Manche behaupten, dass im **Haushalt** des Bundes noch viel Geld zu sparen wäre. Ich fände interessant zu hören, wo. Aber meistens haben sie gar keine praktikablen Vorschläge. Und die Vorschläge, die dann vielleicht mal so genannt werden, bringen keine Summen ein, die auch nur ein Zehntel der Steuersenkung, die Herr Huber jetzt plant, finanzieren würden.

Die großen Bereiche liegen im Etat des Arbeits- und Sozialministers und machen fast 130 Milliarden Euro aus. Es ist doch klar, wo das viele Geld ist: 80 Milliarden Beiträge und Steuerzuschuss für die Rente, 36 Milliarden Euro für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit. Das sind die großen Brocken. Und wer da sagt, er wüsste leicht zu sparen im Haushalt, dem sage ich: Das ist das, wo ihr ran wollt. Ihr wollt den Rentnern und den Arbeitslosen etwas wegnehmen, um die 25 Milliarden Steuersenkung von Herrn Huber zu finanzieren.

Deshalb dürfen wir uns auf diese Netto-Kampagne nicht einlassen, liebe Genossinnen und Genossen! Denn es kommt schon besonders zynisch daher, wenn man bedenkt, welche Steigerungen bei den Vorstandsgehältern passiert sind. Steuerentlastungen an dieser Stelle sind ganz sicherlich nicht das Gebot der Stunde.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir über die Würde der Arbeit sprechen, dann müssen wir auch über **Mindestlöhne** reden. Es geht um die Ehre der Arbeitenden, um die Ehre derer, die jeden Tag, jede Woche, den ganzen Monat arbeiten und dann am Ende des Monats feststellen müssen, dass das, was sie verdient haben, nicht für den eigenen Lebensunterhalt ausreicht und sie ergänzend öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmen müssen. Das verletzt die Würde dieser hart arbeitenden Bürgerinnen und Bürger. Das dürfen und das wollen wir nicht zulassen.

Alle Umfragen bestätigen, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger mit uns für die Einführung von Mindestlöhnen ist. Denn es ist ein Trugschluss zu denken, das würde ja nur wenige etwas angehen. Tatsache ist: Jeder versteht, dass es auch um

ihn selbst geht. Auch wer 3.300 oder 4.200 Euro brutto im Monat verdient, weiß ganz genau, dass er genauso betroffen ist, wenn nicht mehr der Wert der eigenen Arbeit, das, was man zustande bringt, zählt, sondern man als Zahlenkolonne in irgendeiner Kalkulation betrachtet wird. Darum sind die meisten Bürgerinnen und Bürger mit uns einig, dass wir bei den Löhnen eine Absicherung nach unten brauchen. Und die werden wir auch hinbekommen.

Diejenigen, die dagegen sind, haben wenige Argumente auf ihrer Seite. Das ändert sich auch nicht durch all die Berechnungen, die gegen Mindestlöhne angeführt werden und die, wenn man genau hinschaut, alle wenig mit praktischen Beispielen unterlegt sind. Dafür gibt es einen einfachen Grund: In fast allen mit uns vergleichbaren Ländern gibt es gesetzliche Mindestlohnregelungen. Nicht nur in Europa. Sogar in den USA, wo man das nun gar nicht vermutet, gibt es seit Jahrzehnten eine Mindestlohnregelung. Viele dieser Länder haben Vollbeschäftigung, zum Beispiel Großbritannien, das 1999 Mindestlöhne eingeführt hat. Darum kann niemand praktisch beweisen, dass Mindestlöhne Arbeitsplätze kosten. Egal, welche Rechnungen von dem einen oder anderen Professor angestellt werden: Es lässt sich nicht beweisen.

Für das Gegenteil gibt es allerdings Beispiele. Man kann sogar die These aufstellen, dass Marktwirtschaft und Mindestlöhne zusammengehören. Es ist für die Debatte wichtig, dass wir uns über ein paar Zahlen unterhalten. Gerade heute sind wieder neue Zahlen veröffentlicht worden: 15 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland verdienen weniger als 7,50 Euro. Zwei Millionen Vollzeitbeschäftigte verdienen weniger als 7,50 Euro. Das setze ich jetzt einmal in den Vergleich mit einem Land, das ansonsten nicht für hohe Löhne bekannt ist, nämlich Großbritannien: Dort bekommen 1,9 Prozent der Arbeitnehmer den Mindestlohn. Alle anderen bekommen mehr.

Das ist ein durchaus relevanter Vergleich für die wirkliche Lage in Deutschland. Daran müssen wir etwas ändern.

Die Bundesrepublik Deutschland ist im Übrigen, verglichen mit vielen anderen Ländern auf dem Kontinent, das Land mit dem größten Niedriglohnsektor. Wir liegen mittlerweile hinter Großbritannien, sofern man als Niedriglohn definiert, wenn jemand

weniger als zwei Drittel des Durchschnittseinkommens verdient. Die absolute Höhe differiert zwischen den Ländern. Trotzdem hätte kaum einer von uns gedacht, dass es so weit gekommen ist. Darum, glaube ich, haben wir Recht mit dem, was wir hier unternehmen. Und darum haben es die Bürgerinnen und Bürger verdient, dass wir etwas tun.

Das hängt für mich auch mit einer Debatte zusammen, die wir hier und auch an anderer Stelle über die **Zeitarbeit** führen. Wir haben die Zeitarbeit neu organisiert – in einem großen gemeinsamen Ratschluss von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierung. Eine Grundlage dafür war, dass wir gesagt haben: Es gilt gleiche Bezahlung im Betrieb, es sei denn, es existiert ein Tarifvertrag. Was niemand erwartet hat und was keiner von den Beteiligten bei den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden und der Politik wollte, war, dass windige Geschäftsleute kleine Firmen gründen, per Fax einen Haustarifvertrag schließen und damit die geltenden Arbeitsbedingungen aushebeln. Das ist aber die Lage, die wir heute beobachten. Und das können wir so nicht weiter geschehen lassen, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich empfinde es als Zynismus, wenn jetzt von dem einen oder anderen gesagt wird, die Zeitarbeit dürfe nicht in das Entsendegesetz aufgenommen werden, weil dort eine so hohe Tarifbindung besteht. Denn die hohe Tarifbindung ist genau die Folge dieser rechtlichen Konstruktion. Diese ungeheure Behauptung, einen solchen Zynismus sollten wir niemandem durchgehen lassen.

Wir haben mit der Union vereinbart, dass alle Branchen, in denen mehr als 50 Prozent der Arbeitnehmer in tarifgebundenen Unternehmen arbeiten und wo Arbeitgeber und Gewerkschaften der Branche das wollen, in das Entsendegesetz aufgenommen werden. Dazu zählt auch die Branche der Zeitarbeit, der Leiharbeit. Ich setze mich dafür ein, dass alle acht Branchen, die sich jetzt gemeldet haben, in das Gesetz kommen. Wenn das am Ende gelungen sein wird, dann hat sich die Zahl der durch Mindestlöhne geschützten Arbeitnehmer in Deutschland verdoppelt. Das ist eine Menge.

Es ist politisch übrigens noch viel weitreichender, weil ja in der öffentlichen Kommentierung an der einen oder anderen Stelle vergessen worden ist, dass die

Vereinbarung, die wir mit der Union geschlossen haben, lautet: Wenn auch die Arbeitgeber der Branche es wollen, kommt man in das Entsendegesetz hinein. Das ist nicht überall der Fall und das finde ich nicht verwunderlich.

Aber umgekehrt: Nach der Bauindustrie, nach dem Bauhandwerk, nach den Gebäudereinigern, nach den Briefdienstleistungen wird es weitere acht Arbeitgeberverbände mit großem Einfluss geben, die sagen, sie finden Mindestlöhne richtig. Das ist die Grundlage dafür, dass wir die ganze Debatte gewinnen und am Ende des Tages auch ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland eingeführt werden wird. Da bin ich mir völlig sicher, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich bin mir allerdings auch sicher, dass das Gesetzgebungsverfahren, das jetzt zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz und zum Mindestarbeitsbedingungen-Gesetz stattfindet, nicht elegant vor sich gehen wird. Das wird nicht einfach, das wird ein Gewürge. Das sage ich vorher. Es wird Debatten darüber geben, ob § 10 nicht § 3 werden sollte, ob man die Kommas verschieben sollte, ob man das alles rückwärts buchstabieren könnte, wundert Euch nicht. Es wird deshalb Teil der Debatte sein, weil die politische Grundentscheidung – ist die Bevölkerung für oder gegen Mindestlöhne – längst zugunsten der Mindestlöhne ausgefallen ist. Daher kämpfen die, die dagegen sind, jetzt auf den Nebenkriegsschauplätzen nicht weniger hart, aber es sind und bleiben Nebenkriegsschauplätze. Lasst uns auf dem Hauptkriegsschauplatz die Sache austragen und gewinnen. Wir werden es hinbekommen. Ich bin mir da sicher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn man über Arbeit spricht und über Gute Arbeit, wenn man über die Wertschätzung spricht, die wir ihr entgegenbringen, dann heißt das immer auch, dass wir uns für **qualifizierte Arbeit** einsetzen.

Daher spielt **Ausbildung** eine große Rolle, eine große Rolle auch deshalb, weil wir genau wissen, dass diejenigen ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung ein ganzes Arbeitsleben lang immer mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden. Entgegen eines weit verbreiteten Vorurteils nimmt die Zahl der Arbeitsplätze für

Bürgerinnen und Bürger mit geringer Qualifikation in Deutschland ab und nicht zu. Wir müssen also für mehr Ausbildung sorgen, wenn wir allen eine gute Chance auf dem Arbeitsmarkt verschaffen wollen.

Doch die Lage ist schwierig. Wir hatten im letzten Jahr einen guten Erfolg, auch dank der Anstrengungen vieler in der Wirtschaft, das sage ich ausdrücklich: 628.000 neue Ausbildungsverträge, das ist viel. Das ist der zweitbeste Wert seit 1990. Aber gleichzeitig – auch das gehört zur Wahrheit – war das letzte Jahr das Jahr, in dem das erste Mal mehr **Altbewerber** als neue Bewerber einen Ausbildungsplatz gesucht haben. Es gibt viele junge Leute, die seit ein, zwei, drei, vier Jahren vergeblich versuchen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Das ist das eigentliche Problem, über das wir uns unterhalten müssen. Denn es ist schrecklich, wenn das eigene Arbeitsleben mit einer langen Wartephase beginnt.

Um es an einer Zahl deutlich zu machen: Das durchschnittliche Eintrittsalter in eine ungeforderte duale Berufsausbildung beträgt mittlerweile knapp 20 Jahre. Das sind nicht nur Abiturienten, die diesen Schnitt erzeugt haben, das ist eine falsche Situation auf dem Ausbildungsmarkt, die wir ändern müssen, wenn wir den jungen Leuten helfen wollen.

Denn wir haben das auch schon anders erlebt. Das sieht man, wenn man unsere heutige Situation nicht mit 1990 vergleicht, sondern noch ein bisschen weiter in die Geschichte zurückgeht: In den 80er Jahren sind in Westdeutschland in fast jedem Jahr mehr als 600.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen worden. 1984 waren es sogar 705.000 Ausbildungsverträge – allein in Westdeutschland. Das zeigt, wie groß die Lücke an Ausbildungsverträgen ist, die wir heute haben, und dass wir noch viel tun müssen, um wirklich allen jungen Leuten zu einer guten Zukunft im Berufsleben zu verhelfen. Und wir lassen nichts unversucht, um zu helfen. Wir haben eben darum gerade den **Ausbildungsbonus** auf den Weg gebracht, um Ausbildungsbewerbern eine bessere Chance auf zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

Eine notwendige und wirksame Hilfe wäre, die Zahl der **Schulabbrecher** zu reduzieren. Denn es kann nicht hingenommen werden, dass Schulverwaltungen es für normal halten, wenn im Schnitt fast acht Prozent der jungen Leute die Schule ohne Schulabschluss verlassen. Sie werden dadurch viele Jahrzehnte große

Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben. Dieser hohe Anteil ist nicht naturgegeben, sondern das Ergebnis schlechter Schulpolitik. Das müssen wir ändern, überall wo wir Verantwortung haben.

Weil das aber natürlich nicht über Nacht geht und weil diejenigen, die jetzt ohne Schulabschlüsse abgehen, nicht warten können, dass es dann der nächsten Generation besser gegangen sein wird, müssen wir jetzt etwas tun. Und darum setze ich mich dafür ein, dass wir jedem in Deutschland, der sich bemüht und sagt, ich will meinen Hauptschulabschluss nachholen, mit 21, mit 32 oder 43 Jahren, auch das Recht dazu geben. Bei der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente werde ich das **Recht, den Hauptschulabschluss nachzuholen**, zu einem ganz zentralen Punkt machen.

Es wird gesagt: Damit Deutschland eine Zukunft hat, müssen 40 Prozent eines Altersjahrgangs studiert haben. Das stimmt auch. Aber dabei dürfen wir nicht vergessen: Wenn 40 Prozent eines Altersjahrgangs studieren, tun 60 Prozent es nicht. Darum bleibt die Frage, was diese 60 Prozent für eine Ausbildungs- und Berufsperspektive haben, ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer Politik.

Aus meiner Sicht heißt das auch, dass wir die Unis für diejenigen öffnen müssen, die auch ohne Abitur gute Leistungen bringen. Darum bin ich dafür, dass wir begabten Lehrlingen ein **Studium an der Universität auch ohne Abitur** ermöglichen. Das sollten wir miteinander versuchen. Denn meine Überzeugung ist: Wenn wir das tun, dann werden wir viele unserer Probleme mit den so genannten MINT-Fächern – Mathematik, Ingenieurwissenschaft, Naturwissenschaft, Technik – lösen können. Denn Söhne und Töchter von Geschichts- und Deutschlehrern werden typischerweise nicht Ingenieur. Aber jemand, der einen Facharbeiter zum Vater hat und selber eine Lehre gemacht hat, für den bedeutet das etwas und er wird es auch schaffen, ein solches Studium nicht nur zu beginnen, sondern auch abzuschließen. Das würde den **Fachkräftemangel** bei den Ingenieuren sicher wesentlich reduzieren. Dagegen sind Studiengebühren keine besonders gute und hilfreiche Idee, auch dann nicht, wenn sie schwarz-grün vereinbart werden.

Ich habe über den Stolz gesprochen, der mit Arbeit verbunden ist. Daher brauchen wir **Gute Arbeit**, damit alle in der Lage sind, sie ein ganzes Leben lang auszuüben – und es sind ja immerhin viele Jahrzehnte, in denen wir berufstätig sind.

Arbeit darf nicht krank machen, sie darf nicht verschleifen. Wir müssen und können es schaffen, **Arbeit altersgerecht und alternsgerecht** zu organisieren. Das schafft die Chance, auch bis zur Rente zu arbeiten, ohne vorher völlig kaputt zu sein, so dass gar nichts mehr geht. Das ist eine Aufgabe der Politik für die nächsten Jahre. Aus diesem Grund gehen wir jetzt das Thema **Humanisierung der Arbeitswelt** neu an. Aus diesem Grund, denken wir über die Frage **Familie und Beruf** nach und dass beides miteinander vereinbart werden kann. Aus diesem Grund setzen wir uns für **Weiterbildung** ein, denn nur so kann man viele Jahrzehnte erfolgreich im Berufsleben bleiben.

Und das ist der Grund, dass wir Konzepte entwickeln müssen für flexible Übergänge in die Rente, wie es der Parteitag der SPD beschlossen hat. Dort sind Vorschläge gemacht worden zu **Altersteilzeit und Teilrente**. Wir arbeiten jetzt daran, wie diese Vorschläge in die Realität umgesetzt werden können. Und wir werden auch versuchen das durchzusetzen. Außerdem werden wir weiter an einem Daueranliegen arbeiten, nämlich dass **Langzeitarbeitskonten** endlich vor Insolvenzen geschützt werden. Es kann nicht mehr angehen, dass jeder Politiker, jeder Verbandsfunktionär Reden über die Notwendigkeit von Langzeitarbeitskonten hält, die beim Rentenübergang helfen können, gleichzeitig kommt es über Jahrzehnte nicht zustande, die für viele unabdingbar notwendige Voraussetzung dafür zu schaffen, indem wir diese Konten bei Konkurs des Arbeitgebers schützen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben eine **Rentenerhöhung** beschlossen. Diese Rentenerhöhung ist nicht sehr hoch ausgefallen. Es klang manchmal etwas komisch, was in der letzten Zeit in der einen oder anderen Zeitung zu lesen war. Ich jedenfalls habe nicht die Vorstellung, dass 1,1 Prozent ein ordentlicher Reibach sind. Das ist eine kleine Erhöhung und nicht sehr viel. Aber nach drei Jahren ohne Erhöhung und einem Jahr mit einer winzigen Erhöhung, nach diesen großen Schwierigkeiten und Anstrengungen, die das bedeutet hat, habe ich es nicht für akzeptabel gehalten, dass es noch einmal,

bloß nach der korrekten Rentenformel berechnet, eine ganz geringe Rentenerhöhung gibt. Deshalb halte ich es für richtig, dass wir einen deutlichen Schritt gegangen sind, und ich bin froh, dass es gelungen ist, dafür eine Mehrheit in der Koalition zustande zu bringen.

1,1 Prozent ist ja nun wirklich nicht besonders viel. Aber es geht um das, was wir damit zum Ausdruck gebracht haben: Wir verstehen die Sicht der Älteren und wir begreifen, was sie bewegt. Wenn jemand 35 ist und es wird ihm das Weihnachtsgeld gestrichen, dann tritt er hoffentlich spätestens daraufhin in eine Gewerkschaft ein und ärgert sich über seinen Chef. Aber wenn jemand 72 ist, dann kann er, selbst wenn er eine halbwegs ordentliche Rente hat, an seiner Lebenslage nichts mehr ändern. Darum ist es wichtig, dass die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland sehen: Wir verstehen, wie es ihnen geht.

Wir haben stabile Rentenfinanzen. Das ist das Ergebnis der Reformen der letzten Jahre – mit all ihren Schwierigkeiten. Wir haben – das bescheinigen uns alle internationalen Experten – bei der Finanzierung der Rentenversicherung die demographische Herausforderung bewältigt.

Aber wir haben damit nicht alle Probleme gelöst, die sich aus dem Altern einer Gesellschaft ergeben. Das darf man nur nicht miteinander verwechseln, dann kann man vernünftig über das, was zu tun ist, sprechen.

Ich glaube, es ist ein guter Wert, dass in Deutschland heute nur 2,4 Prozent der Älteren auf **Grundsicherung** angewiesen sind. Aber ich finde, man muss, wenn man das sagt, gleichzeitig ein klares Ziel formulieren: Wir müssen alles dafür tun, dass es nicht mehr, sondern dass es weniger werden. Es darf niemand in Deutschland im Alter auf Grundsicherung angewiesen sein, der versucht hat, sein Leben lang erwerbstätig zu sein.

Da gibt es insbesondere zwei Gruppen, bei denen ihre jetzige Situation sich in Zukunft zu großen Problemen bei der Rente auswachsen kann. Wir stellen für diese beiden Gruppen Überlegungen an, wie sich genau das verhindern lässt.

Die eine Gruppe sind diejenigen, die wenig verdient haben und lange arbeitslos sind. Das kann dazu führen, dass man im Alter in Armut gerät. Darum überlegen wir, wie wir das verhindern. Die zweite Gruppe sind diejenigen, die selbständig sind mit einem kleinen Betrieb, meist ohne Angestellte, und die für ihr Alter nicht vorsorgen. Das nimmt zu und darum machen wir uns auch darüber Gedanken, wie wir für diese Gruppe eine bessere Zukunft organisieren können. Ich glaube, dass das unsere Aufgabe ist.

Ich bin froh darüber, dass wir jetzt neben der Rentenentscheidung zwei Verbesserungen bei der Altersversorgung durchgesetzt haben. Es gibt künftig einen **Berufseinsteigerbonus bei der Riester-Rente** und auch die **Erwerbsminderungsrentner** haben nun die Möglichkeit, für ihr Alter zusätzlich vorzusorgen, wir haben die Riester-Rente für sie geöffnet. Das waren zwei notwendige Schritte zur weiteren Absicherung der Altersvorsorge für die Jüngeren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es wird viel über **Globalisierung** gesprochen. Und die Globalisierung dient vielen als Vorwand, um das, was sie schon immer wollten, durchzusetzen.

Da müssen wir eine Gegenhaltung einnehmen. Diese Gegenhaltung lautet: *Die Globalisierung ist kein Argument dafür, dass es auf der Welt überall gleich zugehen muss.* Der Kapitalismus in China und Russland ist für uns in Europa kein Vorbild. Wir wollen ein soziales Europa und wir wollen Deutschland als soziale Marktwirtschaft erhalten, wir wollen unseren Sozialstaat auch unter den Bedingungen der Globalisierung sichern. **Kündigungsschutz, Betriebsverfassung** und **Mitbestimmung** gehören zum Sozial- und Wirtschaftsmodell der Bundesrepublik Deutschland dazu. Und wir Sozialdemokraten werden dafür sorgen, dass das auch in sich verändernden Zeiten in Zukunft der Fall ist. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen, liebe Genossinnen und Genossen!

Aus meiner Sicht ist die Mitbestimmung die beste Antwort auf bestimmte Erscheinungsformen der Globalisierung. Ich möchte eigentlich gar nicht wissen, wie wenig Zeit es braucht, bis irgendwo in Detroit oder auch in Deutschland eine große Konzernzentrale mit unzähligen Filialen überall auf der Welt entschieden hat, eine

Fabrik zu schließen. Ich nehme an, dass nicht nur ich erschrocken wäre, wenn ich herausfände, wie wenig Zeit nötig ist, um das Schicksal von 2.000 oder 3.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern irgendwo auf der Welt zu besiegeln.

Das Einzige, was man wirklich dagegen tun kann, ist das, was wir mit der Mitbestimmung haben – kein Allheilmittel, aber das Recht zu reden, zu verhandeln und Einfluss zu nehmen. Darum braucht die Globalisierung die Mitbestimmung und stellt sie nicht infrage. Das ist meine feste Überzeugung.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind die **Partei der Arbeit**. Wir vertreten die Berufstätigen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Handwerker – alle, die etwas tun.

Ich habe schon am Anfang aus unserem Parteitagsglied zitiert und ich will die wichtigste Passage, die ich vorhin weggelassen habe, am Schluss doch noch zitieren:

*Wann wir schreiten Seit an Seit und die alten Lieder singen,
und die Wälder widerklingen,
fühlen wir, es muss gelingen,
mit uns zieht die neue Zeit,
mit uns zieht die neue Zeit.*

Mir gefällt das. Da klingt der Fortschrittsglaube der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch. Da hört man unseren Optimismus, den Optimismus, dass wir gemeinsam eine bessere Welt erschaffen können.

Wir, liebe Genossinnen und Genossen, sind **die optimistische Linke**. In diesem Sinne: Glück auf!